

Plädoyer für eine alternative ökonomische Rationalität*

1 Zur Kritik geld-ökonomischer Wirtschaftlichkeitsrechnungen

Das Kriterium der Wirtschaftlichkeit oder – genauer – der Geld-Ökonomie ist zu dem gesellschaftlichen Maß geworden, an dem heute beinahe alles menschliche Handeln sich gefallen lassen muss, gemessen zu werden. So sehr eine derartige Aussage beinahe schon den Charakter eines Gemeinplatzes hat, so verbreitet sind inzwischen auch die theoretischen und praktischen Widerstände gegen die totale Monetarisierung des Lebens. Die Bewegung, die sich hinter der Fahne der »Angepassten Technologie« sammelt, ist hier ebenso einzuordnen wie die Ökologie-Bewegung im weiteren Sinne, wie die Bestrebungen zur Humanisierung der Arbeit, wie die Consumerismus-Idee, aber auch wie das weit weniger konstruktive Spektrum der gesellschaftlichen Fluchtbewegungen von Kiff bis Bagwan.

Und dennoch: Die Abwendung von der Geld-Ökonomie ist kaum jemals total. Immer wieder sehen sich auch diejenigen, die technische und soziale Alternativen entwerfen und/oder vorleben, veranlasst, ihrer Umwelt gegenüber auch die (potentielle) Wirtschaftlichkeit ihrer Entwürfe und Projekte zu beteuern. Den Ökonomen, die mit Sympathie an derartigen Alternativen mitwirken, fällt dabei regelmäßig die Rolle zu auszurechnen, ab wann und unter welchen Bedingungen z. B. die Warmwasserfischzucht finanziell lohnend sein könnte oder zumindest nicht mehr kostet als der von Fabrikschiffen produzierte Kabeljau im Fischladen.

* Erstveröffentlichung in: Arbeitsgruppe für angepasste Technologie (AGAT) (Hrsg.): Technik für Menschen – Neue Perspektiven für sozial- und umweltverträgliche Technologien, Frankfurt 1982, 128-144 (hier gekürzte Fassung).

Und dieser Rolle des Ökonomen und damit der Geld-Ökonomie wird dann beinahe derselbe Obergutachter-Status zugebilligt, den zu überwinden man eigentlich angetreten ist: Der geld-ökonomische Maßstab selbst wird nicht in Zweifel gezogen.

Zum Teil ist diese Tabuisierung der Geld-Ökonomie verständlich. Diejenigen, die z. B. Alternativen zur Groß-Technologie entwickeln, sind in der Regel selbst keine Ökonomen, und wer traut sich schon zu, etwas in Zweifel zu ziehen, von dem er meint, zu wenig zu verstehen. Ökonomen wiederum haben offenbar zumeist den Maßstab der geld-ökonomischen Vorteilhaftigkeit soweit internalisiert, dass sie allenfalls Methoden seiner Verfeinerung und Problemanpassung entwickeln und diskutieren mögen, sich ihnen die Frage nach der grundsätzlichen Angemessenheit des Maßes selbst jedoch gar nicht mehr stellt.¹

Zudem ist Geld-Ökonomie in den meisten Fällen heute – vom Standpunkt des Einzelnen betrachtet – ein reales Muss, dem sich auch derjenige kaum entziehen kann, der aus Verantwortung gegenüber Natur und Gesellschaft oder einfach aus Gründen der persönlichen Überlebensgestaltung nach Alternativen sucht. Wer z. B. Wind- oder Wasserkraft zur Energiegewinnung nutzen will, der muss sich in der Regel die hierfür notwendigen Aggregate für Geld kaufen, er wird den elektrischen Strom, den er nicht selbst benötigt, ins öffentliche Netz einspeisen wollen (also für Geld verkaufen), und er steht schließlich auch immer vor der Alternative, seinen Strom weiterhin von den Versorgungsunternehmen zu kaufen. Diese reale Einbindung nicht nur der Wirtschaftsunternehmen, sondern auch der Privatpersonen in die Geld-Ökonomie scheint denjenigen als Träumer zu charakterisieren, der den geld-ökonomischen Maßstab in Zweifel zieht.

Nicht zuletzt hat dieser Maßstab auch Qualitäten, die seine allseitige Anwendung vernünftig erscheinen lassen. Er macht die auf der stofflichen Ebene vieldimensionalen Folgen von Handlungsalternativen eindimensional vergleichbar, er erlaubt einen rechenhaften Vorteilhaftigkeitsvergleich. Wer vor der Wahl steht, Atom- statt Kohlekraftwerke zu bauen, findet im Geld die Recheneinheit, die ihm, scheinbar exakt und über jede politisch oder emotionell motivierte Einstellung erhaben, ermöglicht, die Wahl vernünftig zu treffen. Was billiger zu haben ist, wer wird bezweifeln, dass es vernünftiger ist, das dann auch zu wählen?

¹ Eine wohlthuende Ausnahme sind z. B. die Beiträge in: Duve 1978.

Andererseits – und das begründet die Zweifel an der Eignung des geld-ökonomischen Maßstabs – ist gerade die Tatsache, dass Geld-Ökonomie allenthalben zum beinahe alleinigen Bewertungskriterium für technisches, politisches, wirtschaftliches und soziales Handeln der Menschen geworden ist, dafür verantwortlich, dass man nun überall nach Alternativen sucht. Atomkraftwerke, Flussvergiftung, Zersiedelung, Fließband, berufliche Dequalifizierung und Entfremdung der Arbeit, Hormon-Kalbfleisch, Weißmacher und die für den Biertrinker erst am Abend aufgehende Sonne, das sind Ergebnisse des wirtschaftlichen Handelns, das die Geld-Ökonomie zu seinem Maßstab gewählt hat – oder umgekehrt: das sich die Geld-Ökonomie zum Agenten genommen hat, mit der entsprechenden Tantieme, versteht sich.

Ist es nicht geradezu absurd, dass sich Alternativen zur herrschenden Ökonomie zu ihrer eigenen Legitimation desselben Kalküls bedienen, das die Fehlentwicklungen, die sie korrigieren wollen, überhaupt erst hervorgebracht hat? Ist es nicht vielmehr dringend vonnöten, die zahlreichen und vieldiskutierten Alternativen zu heutiger Techno- und Sozialstruktur mit dem Maß einer angemessenen »alternativen Ökonomie« zu messen, das seine Kriterien aus anderen als der geld-ökonomischen Dimension gewinnt? Der vorliegende Beitrag versucht zu diesen Fragenkomplexen einige Anmerkungen beizusteuern.

2 Zur Kritik des ökonomischen Vernunftbegriffs²

Gefragt nach seinem Begriff von wirtschaftlicher Vernunft, hat der Ökonom eine plausible Antwort:

„Das wirtschaftliche Handeln unterliegt wie jedes auf Zwecke gerichtete Handeln dem allgemeinen Vernunftprinzip (Rationalprinzip), das fordert, ein bestimmtes Ziel mit dem Einsatz möglichst geringer Mittel zu erreichen.“(Wöhe 1978, 1)

Was hier als Tatsachenaussage formuliert ist, findet sich andernorts als Handlungsvorschrift³ oder als Hypothese. Der Vernunftbegriff der öko-

² vgl. hierzu ausführlicher Freimann 1979.

nomischen Theorie wird gefasst im sogenannten Rationalprinzip (auch ökonomisches oder Wirtschaftlichkeitsprinzip genannt) und geht theoriegeschichtlich auf den französischen Ökonomen François Quesnay zurück, der bereits 1766 formulierte:

„Den größtmöglichen Erfolg mit Hilfe des kleinstmöglichen Aufwands zu erreichen, das ist die Vollendung des ökonomischen Handelns.“
(Quesnay 1888, 535)

Zerlegt man der logischen Exaktheit halber diese Handlungsmaxime in ihre zwei Bestandteile, so lauten diese: Aufwandsminimierung oder Ertragsmaximierung. Ein Handeln, das einem dieser beiden Grundsätze folgt, kann mithin als vernünftiges Handeln bezeichnet werden, und dies nach vorherrschender Meinung keineswegs nur auf wirtschaftlichem Gebiet.

„Das Rationalprinzip... hat für alles zielstrebige Handeln schlechthin Gültigkeit.“ (Pack 1961, 210)

Einen Produktionsprozess rationalisieren, ihn vernunftgemäß gestalten heißt danach dann entweder, den Mitteleinsatz für die Zielerreichung soweit wie möglich reduzieren oder mit dem gegebenen Mittelvorrat das Produktionsziel soweit wie möglich auszudehnen.

In dieser allgemeinen Form scheint die Argumentation durchaus plausibel: Wer wird behaupten, es sei vernünftig, mehr Aufwand als nötig zu betreiben oder sich mit einem geringeren als dem höchstmöglich erreichbaren Ertrag zufriedenzugeben? Dennoch muss man weiter nachfragen. Denn auch wenn anscheinend ein Verstoß gegen das Rationalprinzip kaum vernünftig genannt werden kann, so ist doch zu fragen, ob denn in allen denkbaren Fällen zweckgerichteten Handelns ein Befolgen des Prinzips tatsächlich das Prädikat „vernünftig“ verdient. Es ist zu fragen, welches denn die Zwecke und die Mittel im Einzelnen sind, deren Maximierung bzw. Minimierung hier vernünftig genannt wird, in welchen Maßeinheiten sie gemessen werden können. Zur näheren Prüfung des ökonomischen Vernunftbegriffs mag daher ein Beispiel nützlich sein.

³ „Handle so, dass der Zweck deines Handelns mit kleinstmöglichem Mitteleinsatz erreicht wird, oder dass mit den gegebenen Mitteln die gesetzten Ziele in möglichst vollkommener Weise erreicht werden.“ (Koch 1951, 161).

Gesetzt den Fall, die Wand eines Hauses sei neu zu streichen, wie ist hier vorzugehen, damit diesem wirtschaftlichen Handeln das Prädikat vernünftig zukommt? Zweck ist in diesem Falle das Anstreichen der Wand, Mittel sind Farbe, Pinsel und der Einsatz von Arbeitskraft. Die Maximal-Form des Rationalprinzips scheidet als Handlungsanweisung aus, da das Ziel fest vorgegeben ist. Mithin hätte man, wollte man wirtschaftlich vernünftig den Wandanstrich erledigen, den Mitteleinsatz zu minimieren. Da aber drei sehr verschiedene Mittel einzusetzen sind, fragt sich, welches der Mittel denn hier zu minimieren sei: der Farb-, der Pinsel- oder der Arbeitseinsatz.

Den Werkzeugeinsatz zu minimieren, gibt keinen Sinn: die Technologie bestimmt die Art und Menge des Werkzeugeinsatzes. Ähnliches gilt für den Farbeinsatz: auch hier bestimmen Technologie und konkrete Produktionsaufgabe Art und Umfang des Materialverbrauchs. Bleibt der Arbeitseinsatz: ihn zu minimieren, scheint sinnvoll. Je weniger Arbeitszeit auf einen Wandanstrich verwendet wird, desto mehr Wände kann der Anstreicher schaffen oder desto mehr freie Zeit gewinnt er. Aber auch diese Antwort kann nicht ganz befriedigen. Was wäre, wenn der Anstreicher gerade an dieser Arbeit Spaß hätte und er von daher gar nicht den Wunsch hat, so schnell wie möglich fertig zu werden. Was wäre, wenn der Auftraggeber den Anstreicher nach Stunden bezahlen würde?

In beiden letztgenannten Fällen wäre es für den Anstreicher ganz und gar unvernünftig, die Arbeitszeit so weit wie möglich abzukürzen: Es würde ihm Arbeitsfreude nehmen oder gar Einkommen kosten, wenn er sich nach Maßgabe des sogenannten Vernunftgebots „Rationalprinzip“ verhielte. Vernünftig wäre die Regel für den Auftraggeber, der den Anstreicher bezahlt. Ihm kann es weitgehend gleichgültig sein, ob denn dem seine Arbeit Freude macht, wenn er sie nur gut macht und so wenig Zeit wie möglich benötigt. Denn Zeit ist hier Geld, und zwar Geldausgabe für den Auftraggeber, der darüber hinaus selbstverständlich auch an Kosteneinsparungen bei Farbe und Pinsel interessiert ist.

Das Beispiel soll hier nicht überstrapaziert werden. Es ist nur noch verallgemeinernd zu fragen, was es denn an Einsichten in das gestellte Problem vermittelt. Zunächst ist im Beispiel eine wirtschaftliche Situation beschrieben, für die ein Befolgen des sogenannten allgemeinen Vernunftprinzips offenbar durchaus nicht immer einen Sinn gibt, bzw. allen daran beteiligten Personen anzuraten ist. Lediglich für den Auftraggeber kann es im Beispiel als vernünftig gelten, wenn er sich am Prinzip der

sparsamen Mittelverwendung orientiert, allerdings bezogen auf das Geld, das er insgesamt für den Anstrich ausgeben muss. Eine wesentliche Frage lässt das sogenannte Vernunftprinzip jedoch auch für den Auftraggeber unbeantwortet, nämlich ob es überhaupt vernünftig ist, die Wand streichen zu lassen. Zur Beantwortung dieser Frage könnte er nur dann das sogenannte Vernunftprinzip heranziehen, wenn er die Wand mit einem Reklameanstrich versehen ließe, der ihm Ertrag (in Geld) bringt. Dann würde die Maximal-Form des Rationalprinzips greifen, die nämlich besagt, die Differenz zwischen dem Geldeinsatz (Kosten) und dem Gelderfolg (Erlös) möglichst groß zu gestalten: den Gewinn zu maximieren.

Das einfache Beispiel macht mithin deutlich, dass die formale Struktur des sogenannten Rationalprinzips offenbar nur auf wirtschaftliche Handlungen ganz bestimmter Art passt. Dieser Vernunftbegriff setzt nämlich Bedingungen voraus, die keineswegs für alle wirtschaftlichen Handlungen zutreffen:

1. Der Grundsatz einer Minimierung von Einsatzmitteln ist nur dann sinnvoll, wenn entweder nur ein Einsatzmittel vorliegt oder alle Einsatzmittel mindestens über eine gemeinsame und für die Handlung relevante Dimension verfügen und wenn das Handlungsziel auf Grund anderer Kriterien für den Handelnden erstrebenswert erscheint.
2. Der Grundsatz einer Ertragsmaximierung passt nur auf solche Handlungen, deren Mittel und Zwecke über eine gemeinsame und entscheidungsrelevante Dimension verfügen.

Auf der stofflichen Ebene der gesellschaftlichen Produktion gibt es eine derartige Dimension nicht. Es gibt sie im Geld, das als soziales Verbindungsglied privatwirtschaftlich produzierender Einheiten den dort zu vollziehenden Handlungen und Entscheidungen zugleich als die relevante Orientierungsdimension gesellschaftlich vorgegeben ist.

„Der Unternehmer mag wollen oder nicht: er muss, wenn anders er sich nicht aufgeben will, nach Gewinn trachten. Nicht weil er ‚profitwütig‘ ist, sondern weil er ein kapitalistischer Unternehmer ist“ (Sombart 1909, 708).

Im Grundmuster privatwirtschaftlichen Handelns liegen mithin Handlungsstrukturen vor, auf die das vorgeblich allgemeingültige Rational-

prinzip passt und für die es auch in dem Sinne als Vernunftgebot erscheinen kann, wie es eben vernünftig ist, eine gesellschaftlich vorgegebene Norm, die mit Sanktionen verbunden ist, zu befolgen.

Bei dem mithin, was Ökonomen gewohnt sind, mit dem Prädikat „vernünftig“ zu bezeichnen, Aufwandsminimierung oder Ertragsmaximierung, ist ein ideologisches *quid pro quo* zu konstatieren: weil es privatwirtschaftlich vernünftig erscheint, Kosten zu minimieren und/oder Gewinn zu maximieren, wird dieses real eingeschränkt gültige Handlungsmuster zum Muster vernünftigen Handelns schlechthin hochstilisiert:

„Der Typus des modernen Kaufmanns wird zur anthropologischen Figur.“ (Hofmann 1964, 41)

Hier sei dagegen festgehalten: Nicht weil es generell vernünftig genannt werden kann, zu minimieren oder zu maximieren, ist auch geldorientiertes Handeln gleichsam eine spezifische Form wirtschaftlich vernünftigen Handelns, sondern umgekehrt, weil es für den privatwirtschaftlichen Unternehmer geboten ist, Geldgrößen zu minimieren oder zu maximieren, hat es sich in der ökonomischen Theorie durchgesetzt, diesen Handlungstypus ideologisch überhöht mit dem Prädikat *rational* auszuzeichnen. Wenn es überhaupt einen allgemeinen Begriff von wirtschaftlicher Vernunft gibt, so ist er jedenfalls nicht identisch mit den üblichen Vorstellungen der Minimierung von Kosten oder der Maximierung von Gewinnen.

3 Leistung und Grenzen des Preissystems

Hält also der gebräuchliche Begriff von wirtschaftlicher Vernunft einer kritischen Prüfung nicht stand, so bleibt doch zu konstatieren, dass die Geldorientierung das reale wirtschaftliche Handeln heute weitgehend bestimmt, dass sowohl Produktion als auch Distribution und Konsumtion mit Hilfe von Geld koordiniert, über Preise aufeinander abgestimmt werden. Auch hierfür bietet die ökonomische Theorie Legitimationshilfen an.

Einerseits wird – von der sog. neoklassischen Ökonomie – behauptet, Preise seien Indikatoren der Knappheit von Gütern bzw. wirtschaftlichen Vorräten. Die Koordination des wirtschaftlichen Geschehens über Preise

und damit die Orientierung wirtschaftlichen Handelns an Geldgrößen seien der gesellschaftliche Garant für eine optimale Lösung des Problems der sog. Faktorallokation.⁴

Andererseits wird – auf Grundlage der Marxschen Wertlehre – die These vertreten, Preise könnten als Indikatoren der gesellschaftlich durchschnittlich aufgewendeten Arbeitszeit für die Produktion einzelner Waren gelten, wenn auch wegen des strukturellen Auseinanderklaffens von Werten und Preisen, wegen der Möglichkeiten von Extraprofiten und Übervorteilung nur als wenig verlässliche Indikatoren (vgl. z. B. Lange 1963 und Kosta/Meyer/Weber 1973). In sozialistischen Gesellschaften könne diese „privatwirtschaftliche Beschränktheit“ jedoch aufgehoben werden. Mit Hilfe gesellschaftlicher Planung sei so eine monetäre Steuerung der Produktion möglich und vernünftig im Sinne des auf Marx zurückgehenden Grundsatzes einer „Ökonomie der Zeit“.

Beide in diesem Sinne ähnlichen Argumentationsweisen – so fern sich ihre Verfechter politisch auch stehen mögen – halten jedoch zumindest für technologisch hochentwickelte Gesellschaften einer Prüfung nicht stand, einer Prüfung, für die die Betriebswirtschaftslehre das Instrumentarium bereithält.

Spätestens seit Eugen Schmalenbach, einem der Mentoren der Betriebswirtschaftslehre, ist dort das Problem der sog. fixen Kosten allgemein bekannt und viel diskutiert⁵ Danach muss man davon ausgehen, dass es angesichts der enormen Größenordnungen von heutigen einzelwirtschaftlichen Produktionseinheiten im Grunde nur noch solche Kosten gibt, die in Bezug auf das einzelne Produkt Gemeinkosten bzw. fixe Kosten sind, das sind Kosten, die nicht in Abhängigkeit von der produzierten bzw. verkauften Menge eines Produkts variieren, sondern weitgehend unabhängig davon anfallen, ob überhaupt und wenn ja wie viele Produkte in einem bestimmten Zeitraum hergestellt und verkauft werden. So müssten z. B. die Miete für die Geschäftsräume und der Lohn für die Arbeit-

⁴ Für Nicht-Ökonomen: Unter diesem Begriff wird das Problem gefasst, die gesellschaftliche Arbeitskapazität ebenso wie die anderen verfügbaren Produktionsfaktoren bedürfnisgerecht auf die verschiedenen Produktionszweige und Produktarten zu verteilen. Das Preissystem einer Konkurrenzwirtschaft löse diese Problemstellung optimal, so die These. Vgl. zu dieser Art von Gleichgewichtsökonomie z. B. Hofmann 1964, 256 ff.

⁵ Vgl. z. B. Schmalenbach, 1963. Zur theoriegeschichtlichen Rolle Schmalenbachs vgl. Hund 1977, 47 ff.

nehmer in dem vertraglich festgelegten Zeitraum gezahlt werden, unabhängig davon, ob und wie viel tatsächlich produziert wird. Die Kosten für den reisenden Verkäufer können zwar z. T. in Abhängigkeit von dem von ihm erzielten Umsatz anfallen (bei Provisions-Vereinbarung), auch als solche sind sie Kosten des Gesamt-Sortiments bzw. der hereingeholten Aufträge, nicht aber Kosten der einzelnen Produkte oder von Einzelposten der jeweiligen Bestellung.

Daraus jedoch ergibt sich die Unmöglichkeit, Teile dieser Kosten exakt auf produzierte Produktgruppen, Produktarten oder gar Einzelprodukte zuzurechnen. Die unterschiedliche und ungewisse zeitliche und kapazitäts Inanspruchnahme der Aggregate durch die Produkte, der ständig wachsende Anteil von Verwaltungs- und Vertriebskosten und nicht zuletzt die Ungewissheit des Absatzvolumens der produzierten Waren sind – auch für die staatlich gelenkte Warenproduktion in den osteuropäischen Staaten – real unüberwindliche Hindernisse dafür, dass Preise als das gelten können, für das die Theorie sie erklärt: Ausdrücke der gesellschaftlich durchschnittlich auf ihre Produktion verwendeten Arbeitszeit bzw. Maße der gesellschaftlichen Knappheit.⁶

Die neuere betriebswirtschaftliche Kostenliteratur ist voll der Beispiele dafür, dass Preiskalkulation – sei sie einzelwirtschaftlich oder staatlich für die gesamte Wirtschaft vorgenommen – einem willkürlichen Bewertungsakt gleichkommt, der anderen als den Exaktheit vorspiegelnden Regeln des Rechnens mit eindimensionalen Zahlen gehorcht (vgl. z. B. Riebel 1972). Genau in diesem Sinne ist z. B. der rechnerisch-geldökonomisch vorgenommene Wirtschaftlichkeitsvergleich alternativer Technologien ebenso wie die Preiskalkulation der petrochemischen Industrie und erst recht die Lohnfindungs-Arithmetik der Arbeitsanalytiker nicht mehr als der Geldschleier vor einem politischen Bewertungsakt, dessen wahre Kriterien unausgewiesen in anderen als der geldökonomischen Dimension liegen, für den jedoch unter Bezug auf die Zweifel verbietende Exaktheit der Geldrechnung sich die Forderung nach gesellschaftlicher Legitimation anscheinend von selbst verbietet.

⁶ Zu den gesamtwirtschaftlichen Folgen wachsender Fixkostenanteile im Krisenzusammenhang vgl. Sohn-Rethel 1973.

4 Wirtschaftliche Vernunft als vieldimensionales Problem

Der vorgeblich allgemeingültige Vernunftbegriff der herrschenden Ökonomie passt mithin nicht auf anderes als geld-ökonomisch orientiertes Wirtschaftshandeln. Auch dieses Handeln, das heute den Wirtschaftsprozess nicht nur in kapitalistischen Ländern eindeutig dominiert, kann jedoch bei einer kritischen Prüfung keineswegs als vernunftgeboten gelten. Folgt nun daraus, dass es Möglichkeiten einer vernunftorientierten Steuerung der gesellschaftlichen Produktion überhaupt nicht gibt?

Die Antwort liegt meines Erachtens – wie das Problem selbst – auf mehreren Ebenen. Vernunftorientierung des ökonomischen Handelns kann nicht mehr heißen, der monetären Orientierung des Handelns auch noch diejenigen gesellschaftlichen Bereiche zugänglich zu machen, die sich bisher sperrig zeigen. Vernunftorientierung kann sich auch nicht damit begnügen, gleichsam nur noch die privatwirtschaftliche Borniertheit von geldorientiertem Handeln abzustreifen, die Anarchie privatwirtschaftlich-geldorientierten Planes durch den Zentralismus staatlich-geldorientierten Planens zu ersetzen.

Das Problem der Vernunftorientierung menschlichen Handelns in der Produktion muss zunächst im gesellschaftlichen Bewusstsein als das zurückgewonnen werden, das es stets geheißen hat und heute noch heißt: als das vieldimensionale Problem der Konfrontation von Bedürfnissen, Produktionsmöglichkeiten, natürlichen Vorräten und gesellschaftlichem Arbeitspotential.

Es muss in Erinnerung zurückgerufen werden, was durch die Monetarisierung der Welt verschüttet wurde: Dass diese Vieldimensionalität von Bedürfnissen, Produktionsmöglichkeiten, Natur-Vorräten und Arbeitspotential nur dann adäquat im Prozess der Planung der gesellschaftlichen Produktion berücksichtigt werden kann, wenn dieser Prozess der Einsicht- und Teilnahme aller Beteiligten offensteht. Der ökonomische Rechenstift, der in seiner traditionellen Form die Planungen nur in plus und minus zu schreiben vermag, muss aufbereitet werden dazu, die Vieldimensionalität der Problemstellung als solche transparent abzubilden, indem er die Auswirkungen der Produktion auf die beteiligten Menschen und natürlichen Ressourcen als solche festhält und für die zu fallenden

Entscheidungen aufbereitet.⁷ Hierbei stellt sich durchaus die Frage nach den Grenzen der Überschaubarkeit sozialer Einheiten ebenso wie technologischer, ökologischer und arbeitsbezogener Konsequenzen bestimmter Entscheidungen.⁸

Allemaal ist jedoch zumindest eines gewonnen: Das Problem der Vernunft wirtschaftlichen Handelns ist sichtbar für alle Beteiligten zurückgeführt auf seinen Kern: auf die Frage, wie es einer Gesellschaft gelingt, Strukturen zu etablieren, die es allen Betroffenen in einer Weise, die dem erreichten Stand technischen Wissens und politischen Bewusstseins entspricht, ermöglicht, den Prozess der Planung und Durchführung der gesellschaftlichen Produktion gemeinsam miteinander zu regeln und zu vollziehen.

Die realen und theoretischen Alternativen zur herrschenden Technologie, Arbeit und Sozialstruktur sollten sich mithin – das ist meines Erachtens eine Konsequenz dieser Erörterungen – nicht vorrangig auf Ebenen zu legitimieren versuchen, auf denen sie gar nicht angesiedelt sind. Wenn sie teurer sind, sollten sie zunächst den angegebenen Preis der herrschenden Technologien, Arbeitsformen und Sozialstrukturen auf seine Verlässlichkeit und Aussagekraft hinterfragen. Sie sollten darüber hinaus konkret und wenn möglich in Zahlen auf die Dimensionen verweisen, in denen sie den herrschenden Alternativen überlegen sind. Denn dass Menschen auch heute noch anderen Dimensionen ihres Handelns als der geldökonomischen gegenüber durchaus aufgeschlossen sind, erweisen die verbreitete Angst vor den (nicht-monetären) Folgen der Atomenergie ebenso wie all die alternativen Lebens- und Arbeitsformen, die Entwürfe einer menschengerechten Gestaltung von Techno- und Sozialstrukturen.

Wer meint, die Vernunft auf seiner Seite zu haben, sollte dies im gesellschaftlichen Diskurs zu vermitteln versuchen und sich nicht von denjenigen wirtschaftlichen Experten in die Defensive drängen lassen, die

⁷ Versuche hierzu sind z. B. die ökologische Buchhaltung, in der die Umweltbelastung alternativer Technologien zu ermitteln und vergleichen versucht wird (vgl. Müller-Wenk 1978), und die Ermittlung eines sog. Arbeitssystemwerts beim Vergleich der verschiedenen Formen der Arbeitsgestaltung mit Blick auf ihre Arbeitsqualität (vgl. Freimann/Maisch 1980)

⁸ Etwa nach dem Motto »small is beautiful«. Vgl. Schumacher 1977.

immer noch mit ihrem längst brüchig gewordenen Vernunftbegriff argumentieren.

Literatur

- Duve, Freimut (Hg.): Die Zukunft der Ökonomie 1, Technologie und Politik, Band 12, Reinbek 1978
- Freimann, Jürgen: Gewinnorientierung und wirtschaftliche Vernunft, Köln 1979
- Freimann, Jürgen/Maisch, Karl: Planung und Bewertung von Arbeitssystemen, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1980, 384-396
- Hofmann, Werner: Sozialökonomische Studientexte, Bd. 1, Wert- und Preislehre, Berlin 1964
- Hundt, Sönke: Zur Theoriegeschichte der Betriebswirtschaftslehre, Köln 1977
- Koch, Helmut: Das Wirtschaftlichkeitsprinzip als betriebswirtschaftliche Maxime, Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1951, 160-170
- Kosta, Jiri/Meyer, Jan/Weber, Sibille: Warenproduktion im Sozialismus, Frankfurt 1973
- Lange, Oskar, Politische Ökonomie, nach der polnischen Ausgabe von 1963, Frankfurt/Wien o.J.
- Müller-Wenk, Ruedi: Die ökologische Buchhaltung, Frankfurt 1978
- Pack, Ludwig: Rationalprinzip und Gewinnmaximierungsprinzip, Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1961, 207-220 und 281-290
- Quesnay, François: Sur les Travaux des Artisans, in: Quesnay, Werke, hg. v. A. Oncken, Frankfurt 1888, 526-554
- Riebel, Paul: Einzelkosten und Deckungsbeitragsrechnung, Opladen 1972
- Schmalenbach, Eugen: Kostenrechnung und Preispolitik, 8. Aufl. der „Selbstkostenrechnung“, Köln und Opladen 1963, bearb. von Richard Bauer
- Schumacher, F. F.: Die Rückkehr zum menschlichen Maß, Reinbek 1977
- Sohn-Rethel, Alfred: Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt 1973
- Sombart, Werner: Der kapitalistische Unternehmer, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1909
- Wöhe, Günter: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 13. Aufl., München 1978